V E R H A N D L U N G S S C H R I F T

über die
ordentliche Sitzung des GEMEINDERATES

am Mittwoch, den 30. Juni 2021 um 19.00 Uhr im Meierhof, Hauptstraße 1

Beginn: 19.00 Uhr
Ende: 20.54 Uhr

Die Einladung erfolgte am 22. Juni 2021 mittels Kurrende und E-Mail.

<u>Anwesend:</u>	Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger	SPÖ
	1. Vizebürgermeisterin Mag. ^a Petra Pankl	ÖVP
	2. Vizebürgermeisterin Mag. ^a Laura Moser	SPÖ
	die Mitglieder des Gemeinderates	
	Gemeindevorständin Karin Lehner	SPÖ
	Gemeindekassier Rudolf Linzer	SPÖ
	Gemeindevorstand DI Erwin Marchhart	ÖVP
	Gemeinderat Mag. Thomas Izmenyi	SPÖ
	Gemeinderätin Anne Fischer	SPÖ
	Gemeinderat Helmut Kraut	SPÖ
	Gemeinderat Guido Steiger	SPÖ
	Gemeinderat Mehmet Karaca	SPÖ
	Gemeinderätin Ing. ⁱⁿ Andrea Hahn	SPÖ
	Gemeinderat Simon Luckinger	SPÖ
	Gemeinderätin Sonja Frimmel	SPÖ
	Gemeinderätin Diana-Beata Tutschek	ÖVP
	Gemeinderat MEP Mag. Christian Sagartz, BA	ÖVP
	Gemeinderätin Claudia Weinzettl, BEd MA	ÖVP
	Gemeinderat Christian Stangl, BSc	ÖVP
	Gemeinderat Alexander Knotzer	ÖVP
	Ersatzgemeinderätin Gabriele Szalay	ÖVP für Christian Knotzer
	Gemeinderat Hermann Loidolt	FPÖ
	Gemeinderat Mag. Ulrich Sommer	GRÜNE

ARⁱⁿ Alexandra Rauner als Schriftführerin, Martina Pichler als zweite Schriftführerin

<u>Entschuldigt abwesend:</u>	Gemeinderat Jürgen Schneider	ÖVP
	Gemeindevorstand Christian Knotzer	ÖVP
	Ersatzgemeinderat Karl Pachler	SPÖ
	Ersatzgemeinderätin Patrizia Freiberger	FPÖ
	Ersatzgemeinderätin Sabine Plösch	GRÜNE

Nicht entschuldigt abwesend: -----

Vorsitzender: Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger

Die Sitzung war öffentlich.

Die Beschlussfähigkeit war während der gesamten Dauer der Sitzung gegeben.

Bürgermeister Martin Mitteregger begrüßt in seiner Funktion als Vorsitzender die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Kundmachung der Tagesordnung an der Amtstafel sowie die gesetzmäßige Einberufung und Beschlussfähigkeit der heutigen Sitzung fest und eröffnet die Sitzung zur anberaumten Zeit.

Danach werden vom Vorsitzenden über Vorschlag der Gemeinderatsparteien Herr Gemeindegassier Rudolf Linzer (SPÖ), Frau Gemeinderätin Diana-Beata Tutschek (ÖVP), Herr Gemeinderat Hermann Loidolt (FPÖ) und Herr Gemeinderat Ulrich Sommer (GRÜNE) als Beglaubiger der Verhandlungsschrift bestimmt.

Die Verhandlungsschrift über die am 25. März 2021 stattgefundene Gemeinderatssitzung wurde den Protokollprüfern der Gemeinderatsfraktionen zugestellt.

Nachdem keine Ergänzungs- oder Berichtigungswünsche vorgebracht werden, werden nach dem allgemeinen Verzicht auf Verlesung die Niederschriften als genehmigt erklärt.

Sodann erklärt der Vorsitzende den Übergang zur Tagesordnung.

T a g e s o r d n u n g

1. Bericht des Bürgermeisters
2. Voranschlag für das Haushaltsjahr 2021, Schreiben des Amtes der Bgld. Landesregierung vom 25.3.2021
3. Gebarungsprüfung 10./11.3.+29./30.6.2020, Prüfberichte des Amtes der Bgld. Landesregierung vom 9.4.2021 für die Marktgemeinde Pötttsching und Johann Mannsberger-Stiftungsfonds Altenhilfe
4. RICOH Austria GmbH, Vertrag über wiederkehrende Services (Multiservice mit Inklusivvolumen)
5. Bad Sauerbrunner Siedlungsges.m.b.H., Zehentstraße, Abtretung + Widmung Öffentliches Gut
6. Suchanek Isabella, Ansuchen Bauländerklärung (AW zu BW), Grundstück 2111/2 (Hochweg)
7. Blütenweg, Bauplätze
8. Besoldungsreform 2021, IVa. Hauptstück des Bgld. Gemeindebedienstetengesetzes 2014 („Mindestlohn“)
9. Bericht des Prüfungsausschusses zu der Sitzung vom 14. Juni 2021
10. Personelles
11. Allfälliges

Punkt 1, Zahl 17/2021

Zunächst gratuliert der Vorsitzende Herrn Gemeinderat MEP Mag. Christian Sagartz, BA, zur Wahl als Landesobmann der ÖVP Burgenland, was von allen Anwesenden mit Applaus unterstützt wird.

In den letzten Tagen traten einige weitgehende Lockerungen in Kraft – der Vorsitzende ist diesen gegenüber kritisch, zumal die letzten Einschränkungen, wie etwa die 3-G-Regel oder die

Registrierung, vor allem in der Gastronomie nicht kontrolliert werden. Bei Veranstaltungen, welche in der Gemeinde stattfinden, müssen jedenfalls die geltenden Regeln eingehalten werden. Im Freibad wurde die maximale Besucherzahl von 500 auf 800 angehoben, die Tarife bleiben unverändert.

Im Blütenweg sollen die Doppelhäuser im Herbst dieses Jahres übergeben werden, die Wohnblöcke folgen planungsmäßig nacheinander ab Frühjahr 2022. Der Bau der Straße im Blütenweg wird in den kommenden Wochen begonnen. Am Freitag, den 2. Juli 2021 erfolgt die Anbotseröffnung im Gemeindeamt, weshalb der Vorsitzende ankündigt, alsbald eine weitere Gemeinderatssitzung einzuberufen, damit der Gemeinderat die Vergabe beschließen kann.

Die neue Vintage Lounge im Meierhof, das Eisgeschäft in der Hauptstraße und auch die Badkantine unter ihrem neuen Pächter funktionieren gut und werden von der Bevölkerung auch gut angenommen. Die Nachfrage für Veranstaltungen im Meierhof steigt stetig an – Geburtstage, Hochzeiten, Seminare, und hoffentlich auch bald wieder Vereinsfeste. Da die Anfragen mehr werden, wird gemeindeintern daran gearbeitet, alle Prozesse bezüglich der Veranstaltungen weiter zu optimieren.

Die Planung des Gemeindezentrums ist abgeschlossen, derzeit finden die Detailplanung, die Ausschreibungserstellung und auch die Kostenermittlung statt. Die Einreichpläne sind bereits am Gemeindeamt eingelangt, in den nächsten Wochen wird es zu einer Bauverhandlung kommen. Nach erfolgten Genehmigungen von Land, Umweltschutzamt und Straßenbauamt kann dann der Gemeinderat einen Beschluss über das Projekt fassen.

Am Gemeindegrundstück neben der Markus Quelle werden zwei Baucontainer angeliefert, die innen adaptiert werden, sodass jene Vereine, die Platzbedarf angemeldet haben (weil sie derzeit Räume neben dem Gemeindegasthaus haben), diese als Lagerräume nutzen können. Auch mit dem Musikverein werden derzeit Gespräche geführt – als vorübergehendes Probenlokal kann sich der Vorsitzende den Raum im ersten Stock des Feuerwehrhauses oberhalb der Garage vorstellen. Die Verantwortlichen der Freiwilligen Feuerwehr haben nichts dagegen, mit dem Musikverein muss dies noch abgeklärt werden.

Auch über den derzeit stattfindenden Aufruhr in der Waldgasse berichtet der Vorsitzende: Der Besitzer des Hauses in der Waldgasse 10 möchte eine Take-away Pizzeria eröffnen – die Anrainer laufen dagegen Sturm. Rein rechtlich – nach einem Urteil des Verwaltungsgerichtes – darf auch in einem BW Bauland-Wohngebiet gewidmeten Gebiet ein solches Kleingewerbe mit bis zu acht Verabreichungsplätzen eröffnet werden. Einreichpläne liegen noch nicht vor; es wird dann zu einer Bauverhandlung kommen. Die Anrainer prüfen ihre rechtlichen Möglichkeiten, der Bürgermeister als Baubehörde hat jedenfalls keine Handhabe, das Projekt zu verhindern, da er sich an geltende Gesetze halten muss, um keinen Amtsmissbrauch zu begehen.

Das Team des Gesunden Dorfes ist sehr aktiv, wie alle in der Gemeindezeitung nachlesen können. Im Herbst startet außerdem ein neues Projekt: „Natur im Garten“ mit Vorträgen, Workshops etc. Ebenfalls erwähnen möchte der Vorsitzende die Initiative von Frau Michaela Pfeifer, den Keltenberg zu verschönern – an der Zufahrtsbrücke wurden bereits Blumenkästen angebracht, weitere Bepflanzungen sind in Planung.

Punkt 2, Zahl 18/2021

Der Vorsitzende bringt dem Gemeinderat ein Schreiben zur Kenntnis, in welchem das Land den Voranschlag für das Jahr 2021 zur Kenntnis nimmt.

Saldo 0 Nettoergebnis von	€ -725.000
Saldo 5 Geldfluss aus VA-wirksamer Gebarung von	€ -385.800

Der Saldo 5 sollte grundsätzlich ausgeglichen oder gar positiv sein, seitens der Gemeinde wurde der negative Saldo 5 jedoch mit dem ans Land übermittelter Monatsabschluss September 2020 mit positivem Haushaltsstand von € 572.719 belegt.

Bezüglich des Saldo 0, der ebenfalls negativ ist, weist das Land die Gemeinde darauf hin, dass hier ebenfalls ein ausgeglichenes Ergebnis anzustreben ist.

Punkt 3, Zahl 19/2021

Die Gebarungsprüfung seitens des Landes erfolgte am 10. und 11. März 2020 sowie am 29. und 30. Juni 2020, der Prüfbericht gelangte am 9. April 2021 bei der Gemeinde ein und ist dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen.

Der Prüfbericht zur Gemeinde umfasst 40 Seiten, jener zum Johann Mannsberger-Stiftungsfonds Altenhilfe 8 Seiten.

Der Vorsitzende fasst die wichtigsten Punkte zusammen:

- Angemerkt wird seitens des Landes zunächst, dass die Darstellung der Rücklagen als Zahlungsmittelreserven im Monatsabschluss 5/2020 nicht erfolgte, was mit einer Änderung des Layouts von der EDV-Firma mittlerweile richtig dargestellt wird. Zum Prüfungsbeginn wurde ein Ausdruck des Monatsabschlusses 5/2020 vorgelegt, der nur zu diesem Zeitpunkt vom Bürgermeister, Gemeindegassier und der Sachbearbeiterin noch nicht elektronisch bestätigt worden war, was das Land zu der irrtümlichen Bemerkung verleitete, dass die Monats- und Jahresabschlüsse generell nicht bestätigt werden würden. Die Monats- und Jahresabschlüsse werden seit der Umstellung auf die Software GeOrg nur elektronisch signiert, was mit der neuen Software GeOrg nicht anders möglich ist.
- Die Kopiergeräte in Kindergarten, Volksschule, Sozialzentrum und am Gemeindeamt sind von der Firma RICOH geleast – hierzu fehlt dem Land der offizielle Gemeinderatsbeschluss, welcher im folgenden TOP nachgeholt wird. Sämtliche Leasing- oder Mietverträge sind im Gemeinderat zu beschließen.
- Das Land empfiehlt auch eine Anpassung der Statuten der marktbeherrschenden Betriebe – Abwasserbeseitigung, Müllbeseitigung, Wohn- und Geschäftsgebäude. Auf den Kostendeckungsgrad ist zu achten und gegebenenfalls wird eine Gebührenerhöhung empfohlen bzw. ist diese zu tätigen.
- Auch für das Feuerwehrhaus sind Kanalbenützungsgebühren vorzuschreiben, auch wenn diese dann von der Gemeinde an die Gemeinde zu verrechnen sind. Buchhalterisch wird dies als Innenumsatz erledigt werden.
- Subventionen an die Vereine werden jedes Jahr in der letzten Gemeinderatssitzung beschlossen – es gibt jedoch auch Subventionen der Gemeinde an den Verein zur Förderung von Familien mit Kindern, älteren Menschen und umweltfreundlicher Mobilität – Gmoa-Verein für Gehälter etc., welche ebenfalls vom Gemeinderat beschlossen werden müssen. Obwohl diese im Voranschlag als Transferleistungen enthalten sind und der Voranschlag vom Gemeinderat beschlossen wird, reicht dies laut Land nicht aus.
- In der Gebarungsprüfung wurde weiters beanstandet, dass die Vergabe der Bewässerungsanlage vom Gemeindevorstand zu beschließen gewesen wäre. Die Vergabe fiel damals in die Zeit, als Herr Bürgermeister Herbert Gelbmann krank war. Nachträglich wurde der Anlage dann ein weiterer Bewässerungskreis hinzugefügt, wodurch die Kosten gerade um so viel stiegen, dass nicht mehr der Bürgermeister alleine (in diesem Falle der

damalige Herr 1. Vizebürgermeister Guido Steiger), sondern der Vorstand die Vergabe beschließen hätte müssen.

- Auch Personalakte wurden stichprobenartig überprüft, der diesbezügliche Bericht der Personalabteilung liegt jedoch noch nicht vor.
- Die Bezüge der gewählten Organe wurden geprüft und als in Ordnung befunden.
- Angemerkt wird, dass im 3. Quartal 2017 keine Gemeindevorstandssitzung abgehalten wurde, und im 2. Quartal 2017 sowie im 3. Quartal 2018 keine Gemeinderatssitzung. Letztere wurde kurzfristig um 2 Wochen verschoben, da das Anlagevermögen fertiggestellt werden musste, um es durch den Gemeinderat beschließen zu können. Dennoch wäre in jedem Quartal eine Gemeinderatssitzung durchzuführen.
- Die Sitzungen des Prüfungsausschusses bis zum Juni 2020 wurden als in Ordnung befunden.
- Der Gmoa-Verein muss hinkünftig einmal jährlich vom Prüfungsausschuss einer Gebarungsprüfung unterzogen werden.
- Die Hypo-Liegenschaft-, Vermietungs- und VerwaltungsgmbH & Co KG wurde 2014 aufgelöst, was vom Gemeinderat nachträglich im Jahr 2018 beschlossen wurde.

Zum Prüfbericht des Johann Mannsberger-Stiftungsfonds Altenhilfe:

- Es wird angemerkt, dass es keinen stellvertretenden Vorsitzenden gibt. Bei der Gemeindevorstandssitzung am 23. Juni 2021 wurde deshalb Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl in dieses vakante Amt gewählt.
- Auch der Stiftungsfonds soll hinkünftig einmal jährlich vom Prüfungsausschluss einer Gebarungsprüfung unterzogen werden. Auch wenn, wie Frau Alexandra Rauner hinzufügt, der Gemeinderat selbst in Bezug auf den Stiftungsfonds keinerlei Funktion hat.
- Der Vorsitzende des Stiftungsfonds, Herr Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger, möge außerdem einmal jährlich einen Bericht über den Stiftungsfonds dem Gemeinderat zur Kenntnis bringen.

Von den Mitgliedern des Gemeinderates erfolgen keine Fragestellungen und werden die Prüfberichte der Gemeindeabteilung zur Kenntnis genommen.

Punkt 4, Zahl 20/2021

Der Leasingvertrag mit der Firma RICOH über die Kopiergeräte in Kindergarten, Volksschule, Sozialzentrum und Gemeindeamt wurde mit 1. Mai 2021 erneuert und neue Leasinggeräte geliefert. Wie im vorigen TOP vom Vorsitzenden dargelegt, braucht es für diesen Leasingvertrag einen Gemeinderatsbeschluss.

Der Vorsitzende erläutert, dass die Kosten für Leasing und Kopien im neuen Vertrag günstiger sind, die Kosten insgesamt im letzten Jahr allerdings gestiegen sind, weil in der Volksschule aufgrund von Homeschooling extrem viele Arbeitsblätter für die Schüler ausgedruckt wurden. Herr Gemeindevorstand DI Erwin Marchhart interessiert sich für die konkreten Kosten des Leasingvertrages, welche von Frau Alexandra Rauner mit monatlich rd. € 634 plus Mehrwertsteuer für Service, Toner und Kopien beziffert werden. Aufgrund des Bestrebens vermehrt elektronische Akte zu führen und weniger auf Papier auszudrucken, wurde das Kopiervolumen pro Quartal geringer angesetzt und ist der Betrag pro Druck bzw. Kopie geringer als beim vorherigen Vertrag. Der Vorsitzende ergänzt, dass der neue Leasingvertrag um ca. € 2.000 pro Jahr günstiger ist, als der vorangegangene.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

B E S C H L U S S

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Pötttsching beschließt einstimmig den Abschluss des vorliegenden Vertrages (Vertragsbeginn 1.5.2021, Laufzeit 60 Monate) über wiederkehrende Services (Multiservice mit Inklusivvolumen) mit der Fa. RICOH Austria GmbH, 1030 Wien, Thomas-Klestil-Platz 13.

Punkt 5, Zahl 21/2021

Nach der abgeschlossenen Vermessung soll vom Grundstück Zehentstraße 9a, Grundstück Nr. 5650/7, EZ 2741, im Besitz der Bad Sauerbrunner SiedlungsgmbH, eine Fläche von 10 m² in Öffentliches Gut abgetreten und übernommen werden.

Auf Antrag des Vorsitzenden wird folgender Beschluss gefasst:

B E S C H L U S S

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Pötttsching beschließt einstimmig nachstehende Verordnung und beim Vermessungsamt Eisenstadt die Durchführung des gen. Teilungsplanes aufgrund der Sonderbestimmungen des Liegenschaftsteilungsgesetzes zu beantragen.

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Marktgemeinde Pötttsching vom 30. Juni 2021 betreffend die Widmung eines Grundstückes als Öffentliches Gut.

Gemäß § 58 Abs. 1 und § 64 Bgld. Gemeindeordnung, LGBl.Nr. 55/2003, i.d.g.F., in Verbindung mit § 4 Abs. 5 Bgld. Straßengesetz, LGBl.Nr. 79/2005, i.d.g.F., sowie unter Zugrundelegung des Teilungsplanes GZ 17493/21 vom 09.04.2021 des Herrn Dipl.Ing. Markus Jobst, 7210 Mattersburg, Gustav-Degen-Gasse 5a, wird verordnet:

§ 1

Das im genannten Teilungsplan mit (1) bezeichnete Trennstück des Grundstückes Nr. 5650/7, EZ 2741, im Ausmaß von 10 m², Gb. und KG 30113 Pötttsching, wird dem Gemeingebrauch als Gemeindegeweg gewidmet und in das Öffentliche Gut der Marktgemeinde Pötttsching übernommen. Das mit (1) bezeichnete Trennstück wird dem Grundstück Nr. 5637, EZ 16, Gb. und KG 30113 Pötttsching, zugeschrieben.

§ 2

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Punkt 6, Zahl 22/2021

Frau Isabella Suchanek ersucht um Umwidmung des Grundstückes Nr. 2111/2 im Hochweg von AW Aufschließungsgebiet-Wohngebiet in BW Bauland-Wohngebiet aufgrund eines konkreten

Bauvorhabens usw. den Bau eines Einfamilienhauses. Im Hochweg sind alle Ver- und Versorgungsleitungen vorhanden. Bebauungsbestimmungen liegen ebenfalls vor.

Da es dazu keine Fragen gibt, ergeht auf Antrag des Vorsitzenden folgender Beschluss.

B E S C H L U S S

V E R O R D N U N G

des Gemeinderates der Marktgemeinde Pötttsching vom 30. Juni 2021 mit der festgestellt wird, dass für das als Aufschließungsgebiet-Wohngebiet gewidmete Grundstück Nr. 2111/2, Gb. und KG 30113 Pötttsching, die Erschließung durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

Auf Grund des § 45 Abs. 2 des Burgenländischen Raumplanungsgesetzes 2019, LGBl.Nr. 49/2019, i.d.g.F., wird verordnet:

§ 1

Die widmungsgemäße Verwendung des in der beiliegenden Plandarstellung gekennzeichneten Aufschließungsgebietes des Grundstückes 2111/2, Gb. und KG 30113 Pötttsching, ist zulässig, weil die Erschließung dieses Gebietes durch Straßen und Versorgungsleitungen gesichert ist.

§ 2

In dem in § 1 bezeichneten Aufschließungsgebiet sind Baubewilligungen nach dem Burgenländischen Baurecht sowie Bewilligungen von sonstigen sich auf das Gemeindegebiet auswirkenden Maßnahmen auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften zulässig.

§ 3

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist folgenden Tag in Kraft.

Die Beschlussfassung erfolgte einstimmig.

Punkt 7, Zahl 23/2021

Die Baufortschritte am Blütenweg sind für alle ersichtlich, bezüglich Straßen- und Kanalerrichtung wiederholt der Vorsitzende, dass am Freitag, 02. Juli 2021 die Anbotseröffnung stattfinden wird.

Herr Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger und Herr Gemeindevorstand DI Erwin Marchhart hatten ein Treffen mit Herrn DI Lois Berger von der Diözese Eisenstadt bezüglich der Grundstücke für Einfamilienhäuser.

Konkret wurden die Quadratmeterkosten für die Aufschließung errechnet – seitens der Gemeinde wurde natürlich versucht, möglichst alle anfallenden Kosten zu inkludieren, Herr DI Berger stellte dies aufgrund des Ergebnisses des Quadratmeterpreises in Frage, da nicht alle Kosten unmittelbar mit dieser Aufschließung zusammenhängen. So z.B. das ca. 20 m lange Straßenstück von der Scheibengasse ausgehend bis zu den Bauplätzen. Die „älteren“ 4 Bauplätze könnten seitens der Pfarrpfünde gleich direkt verkauft werden. Leider sind die aufzuschließenden Bauplätze

ungünstig gelegen, sodass höhere Aufschließungskosten entstehen. Die seitens der Gemeinde errechneten Aufschließungskosten von 35-40 Euro pro Quadratmeter, was kostendeckend wäre, waren für Herrn DI Berger jedenfalls nicht akzeptabel.

Kalkuliere man mit einer 6 statt 9 Meter breiten Stichstraße zu den neuen Bauplätzen, gewönne man an verkaufbarer Bauplatzfläche, was die Aufschließungskosten verringern würde, und die Pfarrpfünde verlören einige „Totkosten“ aufgrund der Straße. Wunschpreis für den Verkauf der Bauplätze, ohne Aufschließungskosten, wären laut Herrn DI Berger durchaus marktübliche € 75 pro Quadratmeter.

Im Gemeindevorstand wurde diskutiert, welchen Betrag die Gemeinde zu tragen bereit wäre und welchen Preis die Gemeinde an Aufschließungskosten von Interessenten verlangen könne. Beim nächsten Treffen werden Herr Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger und Herr Gemeindevorstand DI Erwin Marchhart Herrn DI Berger zunächst € 70 als Kaufpreis vorschlagen und könnten dann bis € 75 gehen – als Gesamt-Quadratmeterpreis wären für die Interessenten natürlich € 110-120 wünschenswert, maximal sollten es € 120-130 sein, wobei noch zu erfragen ist, ob Herr DI Berger mit diesem Preis einverstanden wäre, da für die Diözese möglichst günstige Bauplätze anstrebt, wobei sie natürlich für sich selbst einen größtmöglichen Quadratmeterpreis erzielen möchten.

Herr Gemeinderat Christian Stangl, BSc, fragt, wie groß die neuen Bauplätze sein werden. Der Vorsitzende antwortet, dass die neu geschaffenen zwischen 680 und 716 Quadratmeter haben, die vier bereits bestehenden sind ein wenig größer.

Herr Gemeindevorstand DI Erwin Marchhart spricht die Problematik an, wie die Bauplätze dann gerecht und vernünftig vergeben werden können – Ideen dazu sind herzlich willkommen. Der Vorsitzende ergänzt, dass es für diese 10 Bauplätze eine Liste mit sehr viel mehr Interessenten gibt, wobei sicher nicht mehr alle davon aktuell sind. In letzter Zeit fragen viele Auswärtige an, und man müsse sich einen Modus überlegen, der auch rechtlich in Ordnung ist.

Während dieser TOP erörtert wird, verlässt Gemeinderat Simon Luckinger um 19.39 Uhr den Raum und kehrt um 19.41 Uhr zurück.

Punkt 8, Zahl 24/2021

Einleitend zum Thema Mindestlohn erläutert der Vorsitzende, dass während der Coronazeit andere Dinge Priorität hatten und er auch die Entwicklung in anderen Gemeinden beobachten wollte. Mit Stand 30. Juni 2021 haben 89 Burgenländische Gemeinden den Mindestlohn für ihre Mitarbeiter beschlossen, im Bezirk Mattersburg sind es 13 der 19 Gemeinden – hervorheben möchte der Vorsitzende, dass auch Gemeinden ohne SPÖ-Mehrheit den Mindestlohn beschlossen haben, nämlich Antau, Zemendorf-Stöttera und Pöttelsdorf, letztere sogar einstimmig; im Gemeinderat einer Gemeinde wurde der Mindestlohn abgelehnt.

Es gab Beratungsgespräche der Personalvertretung mit den Mitarbeitern darüber, für wen sich eine Option in die neue Besoldung rechnen würde und für wen nicht. Die derzeitige Prognose zeigt 36 von 52 Dienstnehmern, die finanziell profitieren würden, das sind 22 bei der Gemeinde und 14 beim Verein. Sehr profitieren würden die Reinigungskräfte, Kindergartenhelferinnen, alle am Bauhof und alle am Gemeindeamt bis auf eine Person. Nicht interessant ist es beispielsweise für Elementarpädagoginnen und die Diplomierten bei der Hauskrankenpflege.

In der Annahme, dass alle, für die es einen finanziellen Vorteil bringt, auch optieren werden, wobei das nicht notwendigerweise so sein muss, ergeben sich geschätzte Mehrkosten im ersten Jahr von

€ 150.000 (€ 96.000 für die Gemeinde, € 45.000 für den Verein), hinzu kommen noch die Dienstgeberbeiträge. Diese jährlichen Mehrkosten werden nicht in dieser Höhe bleiben, da die Gehaltskurven in der neuen Besoldung sehr viel flacher sind als in den alten Besoldungsschemata. Für eine Reinigungskraft beispielsweise bedeutet eine Vorrückung kein Mehrgehalt – sie finge mit € 1.700 netto an und ginge mit diesen auch in Pension (nicht berücksichtigt die jährlichen, gesetzlichen Lohnerhöhungen).

Zur besseren Veranschaulichung, wie der Unterschied zwischen der alten und neuen Besoldung aussieht, nennt der Vorsitzende einige Beispiele. Der neue Mindestlohn beträgt netto € 1.700 (ca. € 10 netto pro Stunde), das sind brutto € 2.450. Derzeit verdient der Bauhofleiter € 2.390 brutto, ein Neueinsteiger im Bauhof bekommt in Entlohnungsgruppe 4 derzeit € 2.143 brutto – beides also deutlich weniger als der neue Mindestlohn.

Der Vorsitzende räumt ein, dass sich in der längeren Fraktionssitzung der SPÖ auch nicht alle Mandatare einig waren. Er möchte jedenfalls feststellen, dass es jedem einzelnen Mitarbeiter zusteht, als Wertschätzung gegenüber für seine Leistung fair entlohnt zu werden. Der Antrag wird lauten, dass der Gemeinderat der Marktgemeinde Pötttsching gemäß § 133a Abs. 3 Bgld. Gemeindebedienstetengesetz 2014 den Beschluss fassen möge, das IVa. Hauptstück des Bgld. Gemeindebedienstetengesetzes 2014 rückwirkend mit 1. Jänner 2021 auf die Dienstverhältnisse der eigenen Gemeindebediensteten und des GmoaVereines anzuwenden.

Danach gibt der Vorsitzende die Diskussion frei, die sich in weiterer Folge sehr lebhaft entwickelt.

Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl übernimmt als erstes das Wort und trägt einen Abänderungsantrag der ÖVP Fraktion samt Begründung vor und hofft auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, sieht sehr hohe Kosten auf die Gemeinde zukommen und im Abänderungsantrag einen Vorschlag wie sich die Gemeinde Geld holen könnte.

Geschätzter Gemeinderat. Wir bekennen uns zu einer fairen und gerechten Entlohnung, Stichwort „Leistung muss sich lohnen“. Die Einführung des sogenannten Mindestlohns kostet allein der Gemeinde Pötttsching in den nächsten Jahren jedes Jahr rund € 150.000. Wenn man die Dienstgeberbeiträge dazurechnet, sind wir bei € 170.000. Diese finanziellen Mittel fehlen dann natürlich für Investitionen in die kommunale Daseinsvorsorge. Somit können wir wichtige Projekte für die Gemeinde Pötttsching nicht gleich, sondern erst verspätet umsetzen, weil wir ansparen müssen – ganz egal ob es dann für eine Straße verwendet wird, für das Gemeindezentrum, auch für das Gesamtverkehrskonzept werden Investitionen nötig sein. Zudem profitieren nicht alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom neuen Mindestlohnsystem.

Wir sind daher der Ansicht, dass der, der anschafft, auch dafür zahlen sollte – der Mindestlohn war ein Wunsch des Landeshauptmannes. Deshalb soll das Land auch für die daraus resultierenden Mehrkosten aufkommen.

Deshalb stellen wir gemäß § 7 Abs. 1 lit. b der Geschäftsordnung einen Abänderungsantrag, der den TOP 8 um folgenden Punkt erweitern soll:

Die Gemeinde Pötttsching stellt unmittelbar nach der Einführung des Mindestlohns eine Rechnung an das Land Burgenland, wodurch die Mehrkosten für den Mindestlohn der Gemeinde Pötttsching vollumfänglich vom Land Burgenland übernommen werden sollen. Dies ist der Vorschlag der ÖVP und sie bitten alle Fraktionen um Zustimmung.

Sie weiß, dass dies unangekündigt und für viele überraschend sein wird, aber davon würden die Gemeinde und alle Bürgerinnen und Bürger profitieren, deshalb hat sich die ÖVP-Fraktion kurzfristig entschlossen, diesen Abänderungsantrag einzubringen.

Auf Nachfrage von Herrn Gemeinderat Simon Luckinger erläutert Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl, dass ihr bewusst ist, dass es für diese Rückforderung der Kosten vom Land keine rechtliche Grundlage gibt, der Zugang der ÖVP-Fraktion sei es aber, man könne es ja einmal probieren. Welche konkrete Vorgehensweise gegenüber dem Land man wählt, darüber könne man gerne diskutieren, der Abänderungsantrag sei eher grundsätzlicher Natur, dass man versuchen solle, das Geld vom Land zurückzuholen.

Über diesen Abänderungsantrag wie auch über den Mindestlohn selbst entbrennt eine hitzige Diskussion.

Als Argument für den Abänderungsantrag bringt Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl vor, dass vieles, was nicht gesetzlich geregelt ist, schlicht Verhandlungssache sei und man zumindest versuchen könnte, das Geld vom Land zurückzubekommen. Des Weiteren brauche man ja nicht eine Rechnung ans Land schicken, es gäbe auch die Möglichkeit über höhere Bedarfszuweisungen das Geld zu bekommen. Frau 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser hält dagegen, dass der Gemeinderat nicht das Organ sei, eine solche Refundierung zu beschließen, dies müsse vielmehr der Landtag entscheiden. Sie und Herr Gemeinderat Guido Steiger sind der Meinung, man mache sich mit einer Geld-Rückforderung an das Land lächerlich. Mehrere Gemeinderäte der SPÖ bringen vor, wenn die Gemeinde den Mindestlohn beschließe, müsse auch die Gemeinde dafür aufkommen und sich dazu bekennen, man könne sich nicht für höhere Löhne aussprechen, aber bezahlen solle sie jemand anderes. Zudem liege es in der alleinigen Entscheidungsgewalt des Gemeinderates, den Mindestlohn einzuführen, dies sei kein „Anschaffen vom Land“, sondern ein Vorschlag, den der Gemeinderat annehmen könne – oder eben nicht, argumentieren 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser und Herr Gemeinderat Mag. Ulrich Sommer.

Argumente für und gegen den Mindestlohn selbst werden im Folgenden zusammengefasst: Der Bürgermeister spricht sich für den Mindestlohn aus, da es sehr schwer sei, Personal zu finden – sobald Bewerber beim Bewerbungsgespräch über die (derzeitige) Bezahlung informiert werden, ziehen viele ihre Bewerbung wieder zurück. Die Wertschätzung für die Mitarbeiter und deren Leistungen – erwähnt wurde im Speziellen auch die Zeit der Pandemie – bringen mehrere Gemeinderäte der SPÖ immer wieder zur Sprache und betonen, dass die Entscheidung über den Mindestlohn im Grunde eine Entscheidung sei, ob es die Mitarbeiter der Gemeinde wert seien. Weiters bekennen sich grundsätzlich alle Gemeinderäte zu fairer Entlohnung, Herr Gemeindevorstand DI. Erwin Marchhart wirft jedoch die Frage auf, ob die Bezahlung bisher unfair war – manche Gemeinderäte, auch der Bürgermeister, bejahten dies, andere nicht. Gegen den Mindestlohn werden von Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl dessen Kosten angeführt – dieses Geld fehle an anderer Stelle, für andere Projekte, beispielsweise für Straßen oder für das Gemeindezentrum. Herr Gemeinderat Hermann Loidolt bringt als weiteres Gegenargument vor, dass es sich beim Mindestlohn im Grunde um ein Wahlzuckerl des Landeshauptmannes handle, das im Endeffekt die Bürger zu bezahlen haben, und wenn es einen Mindestlohn gibt, solle dieser für alle gelten, auch für Dienstnehmer in der Privatwirtschaft. Einen Mindestlohn für die Privatwirtschaft unterstützen auch Frau Gemeindevorständin Karin Lehner, die auch die Leistungen des Niedriglohnsektors während der noch andauernden Pandemie anspricht, Frau Gemeinderätin Sonja Frimmel und der Bürgermeister meinen, dass der Mindestlohn beim Land und den Gemeinden vielleicht den Anstoß für die Privatwirtschaft geben könne.

Herr Gemeinderat Christian Stangl, BSc, sagt, dass er grundsätzlich dafür ist, dass Beschäftigte mehr Gehalt bekommen, sieht jedoch den Mindestlohn ungerecht gegenüber besser Ausgebildeten oder diejenigen mehr Verantwortung übernehmen, die beim Einstieg in den Beruf dann kaum mehr verdienen würden als eine Reinigungskraft beim Land oder einer Gemeinde ohne jegliche Ausbildung. Die gleiche Diskussion wurde auch unter den Bediensteten seines Arbeitgebers geführt. Wenn eine Reinigungskraft € 1.700 erhält und ein Diplomiertes Personal mit Bachelor

mit € 1.900, dann passen für ihn die Dimensionen nicht. Dem hält der Bürgermeister entgegen, dass besser Ausgebildete durch Vorrückung nach 10 Jahren schon wesentlich mehr verdienen, Hilfskräfte oder Reinigungskräfte hingegen blieben bis zur Pension bei den € 1.700 netto zzgl. den jährlichen Gehaltssteigerungen.

Herr Gemeinderat Mag. Ulrich Sommer sieht im Mindestlohn einen populistischen Wahlkampfeslogan, aber es bleibt jeder Gemeinde freigestellt, ob sie dem folgt, und sieht darin kein „Anschaffen“.

Herr Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger sieht in der Argumentation „ja ich bin dafür, aber zahlen soll jemand anderer, weil dafür machen wir sonst andere Projekte nicht“ ein Schüren einer Neidgenossenschaft.

Herr Gemeindevorstand DI. Erwin Marchhart kritisiert die generelle Anhebung aller Löhne, denn nicht alle würden gleich viel leisten. Man könne einzelne Mitarbeiter, die mehr leisten, besser entlohnen – was der Bürgermeister verneint, denn die Gemeinde könne Gehälter nicht willkürlich festsetzen, dies widerspräche dem Besoldungsrecht. Er meint auch, dass die bisherige Entlohnung nicht gerecht war und verweist auf seine Erfahrungen der letzten Jahre bei Bewerbungsgesprächen zur Besetzung von Dienstposten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, verliert der Vorsitzende den Hauptantrag, der Gemeinderat möge beschließen „Der Gemeinderat der Marktgemeinde Pötttsching fasst gemäß § 133a Abs. 3 Bgld. Gemeindebedienstetengesetz 2014 – Bgld. GemBG 2014 den Beschluss, das IVa. Hauptstück des Bgld. GemBG 2014 rückwirkend mit 1. Jänner 2021 auf die Dienstverhältnisse der eigenen Gemeindebediensteten und des GmoaVereines anzuwenden“.

Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl verliert den Abänderungsantrag gemäß § 7 Abs. 1 lit. b der Geschäftsordnung des Gemeinderates

Die Gemeinde Pötttsching stellt unmittelbar nach der Einführung des Mindestlohns eine Rechnung an das Land Burgenland, wodurch die Mehrkosten für den Mindestlohn der Gemeinde Pötttsching vollumfänglich vom Land übernommen werden sollen.

Der Vorsitzende bringt gemäß § 7 Abs. 3 lit. a der Geschäftsordnung des Gemeinderates diesen Abänderungsantrag vor dem Hauptantrag zur Abstimmung.

B E S C H L U S S

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Pötttsching beschließt mehrheitlich, den verlesenen Abänderungsantrag von Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl abzulehnen.

Die Beschlussfassung erfolgt mit 9 (in Worten: neun) Stimmen für den Abänderungsantrag, uzv. 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl, Gemeindevorstand DI. Erwin Marchhart, Gemeinderätin Diana-Beata Tutschek, Gemeinderätin Claudia Weinzettl, BEd MA, Gemeinderat Christian Stangl, BSc, Gemeinderat Alexander Knotzer, Gemeinderat MEP Mag. Christian Sagartz, BA, Ersatzgemeinderätin Gabriele Szalay und Gemeinderat Hermann Loidolt, bei 13 (in Worten: dreizehn) Stimmen gegen den Abänderungsantrag, uzv. Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger, 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser, Gemeindevorständin Karin Lehner, Gemeindegassier Rudolf Linzer, Gemeinderat Mag. Thomas Izmenyi, Gemeinderätin Anne Fischer, Gemeinderat Helmut Kraut, Gemeinderat Guido Steiger, Gemeinderat Mehmet Karaca, Gemeinderätin Ing. Andrea Hahn, Gemeinderat Simon Luckinger, Gemeinderätin Sonja Frimmel und Gemeinderat Mag. Ulrich Sommer.

Danach bringt der Vorsitzende gemäß § 7 Abs. 3 lit. b der Geschäftsordnung des Gemeinderates den von ihm verlesenen Hauptantrag zur Abstimmung.

Auf Antrag des Vorsitzenden ergeht folgender Beschluss:

B E S C H L U S S

Der Gemeinderat der Marktgemeinde Pöttsching fasst gemäß § 133a Abs. 3 Bgld. Gemeindebedienstetengesetz 2014 – Bgld. GemBG 2014 den Beschluss, das IVa. Hauptstück des Bgld. GemBG 2014 rückwirkend mit 1. Jänner 2021 auf die Dienstverhältnisse der eigenen Gemeindebediensteten und des GmoaVereines anzuwenden.

Die Beschlussfassung erfolgt mit 13 (in Worten: dreizehn) Stimmen für den Hauptantrag, uzw. Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger, 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser, Gemeindevorständin Karin Lehner, Gemeindekassier Rudolf Linzer, Gemeinderat Mag. Thomas Izmenyi, Gemeinderätin Anne Fischer, Gemeinderat Helmut Kraut, Gemeinderat Guido Steiger, Gemeinderat Mehmet Karaca, Gemeinderätin Ing. Andrea Hahn, Gemeinderat Simon Luckinger, Gemeinderätin Sonja Frimmel und Gemeinderat Mag. Ulrich Sommer, bei 9 (in Worten: neun) Stimmen gegen den Hauptantrag, uzw. 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl, Gemeindevorstand DI. Erwin Marchhart, Gemeinderätin Diana-Beata Tutschek, Gemeinderätin Claudia Weinzettl, BEd MA, Gemeinderat Christian Stangl, BSc, Gemeinderat Alexander Knotzer, Gemeinderat MEP Mag. Christian Sagartz, BA, Ersatzgemeinderätin Gabriele Szalay und Gemeinderat Hermann Loidolt.

Punkt 9, Zahl 25/2021

Gemäß § 44 Abs. 1 der Bgld. Gemeindeordnung wird der vorgenannte Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehandelt. Die Zuhörer werden daher veranlasst, den Saal zu verlassen. Über den Verhandlungsgegenstand wird gemäß § 45 Abs. 8 der Bgld. Gemeindeordnung eine gesonderte Verhandlungsschrift abgefasst, deren Einsichtnahme durch Gemeindeglieder untersagt und die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gesondert verwahrt wird.

Punkt 10, Zahl 26/2021

Gemäß § 44 Abs. 1 der Bgld. Gemeindeordnung wird der vorgenannte Tagesordnungspunkt unter Ausschluss der Öffentlichkeit abgehandelt. Die Zuhörer werden daher veranlasst, den Saal zu verlassen. Über den Verhandlungsgegenstand wird gemäß § 45 Abs. 8 der Bgld. Gemeindeordnung eine gesonderte Verhandlungsschrift abgefasst, deren Einsichtnahme durch Gemeindeglieder untersagt und die gemäß den gesetzlichen Bestimmungen gesondert verwahrt wird.

Punkt 11, Zahl 27/2021

a) DAC Rosalia

Herr Anton Piribauer, Obmann des Weinbauvereins DAC Rosalia, hat sich schriftlich an die Gemeinde gewandt, um zu informieren, dass die einzelnen Pöttschinger Riede zu klein sind, um nennenswerte, vermarktbar Mengen an Wein zu produzieren. Deshalb möchte der DAC Rosalia für mehr oder weniger den gesamten Pöttschinger Hotter südlich der Ortschaft als übergeordneten Riednamen „Wurthberg“ etablieren, um den Wein besser vermarkten zu können. Die Namen der Subriede bleiben weiterhin bestehen.

Es ist seitens des Gemeinderates dafür kein Beschluss notwendig, vielmehr wird der Vorschlag vom Burgenländischen Weinbau-Komitee begutachtet und über die Bezirkshauptmannschaft Mattersburg wird die Gemeinde Pötttsching von dessen Entscheidung informiert.

Um 20.41 Uhr verlässt Frau Gemeindevorständin Karin Lehner den Raum.

b) Naturpark Rosalia-Kogelberg

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser. Diese berichtet, dass der Naturpark sehr fleißig ist, was Sitzungen betrifft. Für das geplante Naturparkzentrum läuft derzeit der Architektenwettbewerb – fast alle Gemeinden, bis auf eine, haben das Naturparkzentrum im Gemeinderat bereits behandelt. Alle haben zugestimmt, nur die Gemeinde Zemendorf-Stöttera hat eine Beteiligung am Naturparkzentrum abgelehnt. Das hat allerdings keine Auswirkungen auf die finanziellen Belastungen für die anderen Gemeinden.

Die Geschäftsführerin des Naturparks, Herr Bürgermeister Kurt Fischer und eine Steuerberatung sind derzeit dabei, die Statuten dahingehend zu ändern, dass gewisse Dinge möglich werden, beispielsweise einen Baurechtsvertrag mit der Gemeinde Rohrbach abzuschließen. Auch Frau 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser war in diese Besprechungen eingebunden. Da die Gemeinde Mattersburg den größten Anteil beisteuert, selbst aber nicht Mitglied im Naturpark ist, wird das Naturparkzentrum von einem eigenen Zweigverein betrieben werden. In diesem sind alle zahlenden Gemeinden Mitglied und haben so dasselbe Stimmrecht, gleichzeitig kann die Naturpark-Gemeinde Zemendorf-Stöttera nicht über das Zentrum mitbestimmen. Es werden auch laufend Gespräche mit weiteren Gemeinden – namentlich Neudörfel und Wiesen – geführt, die nicht im Naturpark sind, sich aber vielleicht am Naturparkzentrum ebenfalls beteiligen möchten. Es laufen auch Bemühungen, private Interessenten mit an Bord zu holen und Förderungen zu lukrieren.

Frau Gemeinderätin Claudia Weinzettl, BEd MA, fragt, ob der Gemeinderatsbeschluss aus der Sitzung vom 25. März 2021, wonach die Gemeinde Pötttsching sich nur am Naturparkzentrum beteiligt, wenn alle anderen Gemeinden auch mitmachen, jetzt, da Zemendorf-Stöttera eine Beteiligung abgelehnt hat, noch gültig ist. Frau 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser interpretiert den Beschluss der letzten Gemeinderatssitzung als Grundsatzbeschluss – in weiterer Folge werden auch weitere Beschlüsse notwendig sein, und außerdem ändert die Nicht-Teilnahme Zemendorf-Stötteras nichts an den beschlossenen Beträgen, mit denen sich die Gemeinde Pötttsching beteiligt.

Während dieser Punkt behandelt wird, kehrt Frau Gemeindevorständin Karin Lehner um 20.45 Uhr in den Raum zurück.

Frau 1. Vizebürgermeisterin Mag.^a Petra Pankl regt an, einen Termin für die nächste Gemeinderatssitzung zu diskutieren, die ja aufgrund der Vergabe-Beschlüsse für den Blütenweg zeitnah stattfinden wird müssen. Wegen der Anbotseröffnung und deren Beurteilung sowie der Notwendigkeit, einen Nachtragsvoranschlag zu erstellen, rechnet der Bürgermeister mit einem Termin eher gegen Ende Juli 2021, eventuell Anfang August 2021 – jedenfalls sollen die Arbeiten im Blütenweg bereits Mitte August starten.

Leider sind zu möglichen Terminen einige Gemeinderäte in Urlaub.

c) Hundehalter

Herr Gemeinderat Hermann Loidolt berichtet, dass mehrere Hundehalter an ihn herangetreten sind: Sie wären bereit, ihren Hundekot wegzuräumen, wenn die Gemeinde mehr Sackerl fürs Gackerl und/oder Mistkübel zur Verfügung stellen würde.

Der Bürgermeister entgegnet, dass das Problem weniger die fehlenden Mistkübel ist, sondern vielmehr der prinzipielle Unwille mancher Hundehalter, den Kot überhaupt wegzuräumen. „Mehr Mistkübel“ seien auch eine etwas unspezifische Forderung. Wenn konkrete Orte genannt werden, an denen ein Mistkübel hängen sollte, dann wird die Gemeinde dort einen aufhängen.

Frau 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser ergänzt, dass es Leute gibt, die Sackerl-fürs-Gackerl-Spender einfach komplett ausräumen, und dass sie selbst als Hundebesitzerin das Kotsackerl noch nie wirklich weit tragen musste bis zum nächsten Mistkübel. Ihrer ersten Aussage stimmt Herr Gemeinderat Helmut Kraut zu, der berichtet, dass beim Sackerl-fürs-Gackerl-Spender in der Gärtnersiedlung, der von der EBSG betrieben wird, sogar Autos mit Wr. Neustädter Kennzeichen stehen bleiben, den Spender komplett ausräumen und wieder wegfahren. Herr Gemeinderat Guido Steiger empfindet die Aussage „Wir würden den Dreck wegräumen, wenn die Gemeinde mehr Mistkübel aufstellt“ als Frechheit. Auch er hatte einen Hund und hat das Gackerl-Sackerl immer so weit getragen, wie es eben sein musste.

Der Vorsitzende und Frau 2. Vizebürgermeisterin Mag.^a Laura Moser bekräftigen, wenn ein konkreter Ort genannt wird, wo ein Mistkübel sein sollte, dann werde sich die Gemeinde darum kümmern. Herr Gemeindevorstand DI. Erwin Marchhart wirft ein, dass die Gemeinde das immer schon so gehandhabt hat – er nennt als Beispiel die Sauerbrunner Straße. Es wurde angeregt, dort einen Mistkübel anzubringen und die Gemeinde hat dies sofort erledigt.

d) Pflasterreparatur

Herr Gemeindevorstand DI. Erwin Marchhart wurde mehrfach gefragt und gibt die Frage an Herrn Bürgermeister Ing. Martin Mitteregger weiter, wer die Reparatur des Pflasters im überdachten Bereich des Meierhof-Hofes bezahlt habe und wie viel es gekostet hat. Das kaputte Holzstöckelpflaster wurde ja entfernt und der Bereich neu gepflastert, was, so merkt er an, optisch sehr ansprechend ist.

Der Bürgermeister antwortet Herrn Gemeindevorstand DI. Erwin Marchhart, dass diese Arbeiten erledigt wurden, ohne weitere anfallende Kosten für die Gemeinde, was dieser mit einem „Sensationell“ quittiert.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr erfolgen, schließt der Vorsitzende die Sitzung um 20.54 Uhr.